



Haushalts- und Finanzausschuss

71. Sitzung (öffentlich)

19. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:30 Uhr bis 11:35 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 | Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuer-mindereinnahmen der Gemeinden in Folge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder (Gewerbesteuerausgleichsgesetz Nordrhein-Westfalen – GewStAusgleichsG NRW -) | 8 |
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11195
- Ausschussprotokoll 17/1188
- abschließende Beratung und Abstimmung, Votum an AHKBW
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt, die abschließende Beratung und Abstimmung in die nächste Sitzung des HFA am 23. November 2020 zu vertagen.

2 Zweites Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (2. ELAGÄndG) 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11142

Stellungnahme 17/3107
Stellungnahme 17/3108
Stellungnahme 17/3213
Stellungnahme 17/3217

abschließende Beratung und Abstimmung, Votum an AHKBW

– Wortbeitrag

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

3 Bericht an den Landtag zur bevorstehenden Unterzeichnung von zwei Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern nach Artikel 91b des Grundgesetzes 10

Zuleitung gemäß § 85 Abs. 3 der Geschäftsordnung
Vorlage 17/4138

Drucksache 17/11810

– Wortbeitrag

Der Vorsitzende stellt fest, dass sich der HFA abschließend mit der Vorlage befasst hat.

4 Zustimmung des Landtags Nordrhein-Westfalen gemäß § 64 Abs. 2 LHO zur Veräußerung von Liegenschaften des aufgelösten Bergischen Schulfonds, Landwirtschaftliche Flächen in Fröndenberg 11

Vorlage 17/4165

– Wortbeitrag

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen der Grünen stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4165 zu.

5 Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses gemäß § 31 Abs. 2 Nachtragshaushaltsgesetz 2020 zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise 12

Vorlage 17/4099

Vorlage 17/4166

Vorlage 17/4202

Vorlage 17/4203

Vorlage 17/4204

Vorlage 17/4205

Vorlage 17/4206

Vorlage 17/4207

Maßgabenvorschlag der Fraktion der SPD: Antragsberechtigung für nicht gemeinnützige Vereine öffnen (bei Förderung nach § 52 Abs. 2 AO) (s. *Anlage 1*)

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD: Programm auf OGS im Primarbereich ausweiten und mit 150 Millionen Euro ausstatten (s. *Anlage 2*)

Grundsätzliche Diskussion 12

– Wortbeiträge

Vorlage 17/4202 „Verlängerung der Ergänzung des Konjunkturprogramms des Bundes Lebenshaltungskosten von Solo-Selbstständigen sowie Einrichtung einer Titelgruppe zur Vereinnahmung und Verausgabung der Bundesmittel der außerordentlichen Wirtschaftshilfen des Bundes“ 14

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4202 zu.

Vorlage 17/4203 „Kompensation der Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden aus dem NRW-Rettungsschirm“ 16

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4203 zu.

Vorlage 17/4204 „Testungen für Reisende aus Risikogebieten“ 17

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4204 zu.

Vorlage 17/4205 „Leistungsausgaben nach § 56 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz“ 17

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4205 zu.

- Vorlage 17/4206 „Medienbereich – Ausfallfonds I für Kinofilme und High-End-Serienproduktionen und Ausfallfonds II für TV-Produktionen“** 17
- Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimmen der AfD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4206 zu.
- Vorlage 17/4207 „Kosten im Rahmen der Impfungen gegen SARS-CoV-2“** 17
- Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4207 zu.
- Vorlage 17/4099 „Fortführung und Anpassung des Sonderprogramms ‚Heimat 2020‘,„** 20
- und:
- Maßgabenvorschlag der Fraktion der SPD: Antragsberechtigung für nicht gemeinnützige Vereine öffnen (bei Förderung nach § 52 Abs. 2 AO) (s. Anlage 1)** 20
- Wortbeiträge
- Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den Maßgabenvorschlag der SPD ab.
- Mit den Stimmen von CDU, FDP, Grünen und AfD sowie bei Stimmenthaltung der SPD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4099 zu.
- Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD: Programm auf OGS im Primarbereich ausweiten und mit 150 Millionen Euro ausstatten (s. Anlage 2)** 21
- Wortbeiträge
- 6 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)** 23
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 (Ergänzung)
Drucksache 17/11850 (2. Ergänzung)
- Vorlage 17/4022
Vorlage 17/4023
Vorlage 17/4024
Vorlage 17/4167

und

Finanzplanung 2020 bis 2024

Drucksache 17/11101

Ausschussprotokoll 17/1166 (Anhörung)

Ausschussprotokoll 17/1159 (Klausur)

In Verbindung mit:

Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung im November 2020

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 17/4188

– Wortbeiträge

7 Länderöffnungsklausel für eine zukunftsfähige Grundsteuer in NRW nutzen – Bodenwertmodell jetzt umsetzen 30

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/10625

Auswertung der schriftlichen Anhörung

Stellungnahme 17/3111

Stellungnahme 17/3311

Stellungnahme 17/3245

Stellungnahme 17/3246

Stellungnahme 17/3249

Stellungnahme 17/3252

Stellungnahme 17/3253

Stellungnahme 17/3254

Stellungnahme 17/3255

Stellungnahme 17/3285

– Wortbeiträge

8 Mögliche Cum-Ex-Verjährungen (Bericht angemeldet durch die SPD [s. Anlage 3]) 38

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 17/4108

– Wortbeiträge

9 Verschiedenes**41**

Einstimmig beschließt der Ausschuss, zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umstrukturierung der Maßregelvollzugsbehörde Drucksache 17/11682 kein Votum abzugeben.

* * *

9 Verschiedenes

Vorsitzender Martin Börschel teilt mit, die Kolleginnen und Kollegen des AGS wollten gerne in ihrer Sitzung am 9. Dezember zu dem ihnen federführend übertragenen Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umstrukturierung der Maßregelvollzugsbehörde Drucksache 17/11682 votieren. Der HFA könne mitberaten. Um die Fristen einzuhalten, sehe er das für die Sitzung am Montag vor, es sei denn, man könne schon heute absehen, kein Votum abgeben zu wollen.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umstrukturierung der Maßregelvollzugsbehörde Drucksache 17/11682 kein Votum abzugeben.

gez. Martin Börschel
Vorsitzender

3 Anlagen

27.11.2020/10.12.2020

5

